

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD**

**– Drucksache 19/4539 –**

### **Einsetzung einer Enquete-Kommission „Evaluation des deutschen politisch-militärisch-zivilen Engagements in Afghanistan“**

#### **A. Problem**

Deutschland habe sich in den vergangenen 16 Jahren ressortübergreifend mit einem beträchtlichen personellen und finanziellen Aufwand an der Befriedung und dem Wiederaufbau Afghanistans beteiligt. Gegenwärtig sei Deutschland zweitgrößter bilateraler Geber und viertgrößter Truppensteller in der NATO-Mission Resolute Support. Trotz des umfangreichen, verlustreichen und langjährigen politisch-militärisch-zivilen Engagements Deutschlands und seiner Verbündeten, ließen sich derzeit keine belastbaren Aussagen über den Erfolg des Einsatzes treffen.

Vielmehr würden sich die Anzeichen mehren, die auf einen Misserfolg hindeuten würden. So sei die Binnenmigration in Afghanistan von 400.000 Flüchtlingen im Jahr 2011 auf knapp 1,5 Millionen Flüchtlinge im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Gleichzeitig sei die Zahl der Afghanen, die ihr Land Richtung Europa und vor allem Richtung Deutschland verlassen haben, in den vergangenen Jahren, trotz des andauernden Engagements unter Beteiligung der Bundeswehr, dramatisch angewachsen. Afghanistan sei derzeit eines der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen und Migranten für Deutschland.

Alarmierend sei auch die prekäre Sicherheitslage. So sei die Zahl ziviler Opfer durch Selbstmordattentate und Anschläge in Afghanistan auf einen Rekordwert gestiegen.

Zugleich stagniere die Entwicklung Afghanistans etwa auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung oder beim Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates. Zudem sei die Ernte von Opium, das Regierungsgegnern zur Finanzierung ihrer Operationen diene, trotz der Unterstützung der afghanischen Regierung durch die NATO bei der Drogenbekämpfung, 2016 auf einen Rekordwert gestiegen. Diese Entwicklung in Teilen des Landes werfe angesichts des hohen Einsatzes an Menschenleben und finanziellen Ressourcen die Frage nach der Wirksamkeit und dem Zusammenwirken des deutschen ressortübergreifenden politisch-militärisch-zivilen Engagements in Afghanistan auf und rechtfertige die Einsetzung einer Enquete-Kommission.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/4539 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2018

## **Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**  
Vorsitzender

**Thorsten Frei**  
Berichterstatter

**Aydan Özoğuz**  
Berichterstatterin

**Dr. Anton Friesen**  
Berichterstatter

**Bijan Djir-Sarai**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Omid Nouripour**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Aydan Özoğuz, Dr. Anton Friesen, Bijan Djir-Sarai, Heike Hänsel, Omid Nouripour

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/4539** in seiner 52. Sitzung am 27. September 2018 beraten und an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Deutschland habe sich in den vergangenen 16 Jahren ressortübergreifend mit einem beträchtlichen personellen und finanziellen Aufwand an der Befriedung und dem Wiederaufbau Afghanistans beteiligt. Gegenwärtig sei Deutschland zweitgrößter bilateraler Geber und viertgrößter Truppensteller in der NATO-Mission Resolute Support. Trotz des umfangreichen, verlustreichen und langjährigen politisch-militärisch-zivilen Engagements Deutschlands und seiner Verbündeten, ließen sich derzeit keine belastbaren Aussagen über den Erfolg des Einsatzes treffen.

Vielmehr würden sich die Anzeichen mehren, die auf einen Misserfolg hindeuten würden. So sei die Binnenmigration in Afghanistan von 400.000 Flüchtlingen im Jahr 2011 auf knapp 1,5 Millionen Flüchtlinge im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Gleichzeitig sei die Zahl der Afghanen, die ihr Land Richtung Europa und vor allem Richtung Deutschland verlassen haben, in den vergangenen Jahren, trotz des andauernden Engagements unter Beteiligung der Bundeswehr, dramatisch angewachsen. Afghanistan sei derzeit eines der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen und Migranten für Deutschland.

Alarmierend sei auch die prekäre Sicherheitslage. So sei die Zahl ziviler Opfer durch Selbstmordattentate und Anschläge in Afghanistan auf einen Rekordwert gestiegen.

Zugleich stagniere die Entwicklung Afghanistans etwa auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung oder beim Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates. Zudem sei die Ernte von Opium, das Regierungsgegnern zur Finanzierung ihrer Operationen diene, trotz der Unterstützung der afghanischen Regierung durch die NATO bei der Drogenbekämpfung, 2016 auf einen Rekordwert gestiegen. Diese Entwicklung in Teilen des Landes werfe angesichts des hohen Einsatzes an Menschenleben und finanziellen Ressourcen die Frage nach der Wirksamkeit und dem Zusammenwirken des deutschen ressortübergreifenden politisch-militärisch-zivilen Engagements in Afghanistan auf und rechtfertige die Einsetzung einer Enquete-Kommission.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 19/4539 in seiner 19. Sitzung am 7. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 19/4539 in seiner 19. Sitzung am 7. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 20. Sitzung am 7. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 7. November 2018

**Thorsten Frei**  
Berichtersteller

**Aydan Özoğuz**  
Berichterstellerin

**Dr. Anton Friesen**  
Berichtersteller

**Bijan Djir-Sarai**  
Berichtersteller

**Heike Hänsel**  
Berichterstellerin

**Omid Nouripour**  
Berichtersteller